

Süddeutschen entspricht nicht dem Gesamtinteresse. Der Vorsitz der Konventionen erklärt das Monopol für weit besser, als den jetzigen Entwurf. Die Liebesgabe müsse bestehen bleiben im Interesse der süddeutschen Staaten. Rechner beantragt, für die nächsten fünf Jahre bis 1914 die Spannung von 2 A. beizubehalten. Ein Rechner des Zentrums tritt ebenfalls für Beibehaltung der Kontingentspannung von 2 A. ein.

Man erklärt der Vertreter Bayerns, daß seine Regierung dem neuen Entwurf nicht zustimmen könne. Bayern habe eine Regelung auf dem Boden des Monopols für richtig. Der neue Entwurf sei ein so schlimmes Übel, daß man ihn selbst in Spiritibus setzen sollte. Schachtfreier Erdmann findet in diesen Ausführungen eine Bestätigung dafür, daß nur das Monopol den süddeutschen Verbältnissen Rechnung trage. Die Kontingentspannung habe nicht unter Rechner, wohl aber das Kontingent. Auch die württembergische Regierung erklärt, daß sie ihre Zustimmung zu dem neuen Entwurf nicht erteilen könne, und schiebt sich vollkommen der Ansicht Bayerns an. Der Monopulentwurf sei das Richtige gewesen. Der neue Entwurf entspricht nicht den Voraussetzungen, unter denen Württemberg in die Braunkohlenvereinigung eingetreten sei. Der bayerische Bevollmächtigte schiebt sich dem „Nonnenschmar“ von Bayern und Württemberg an und nimmt ein moralisches Rekrutrecht für Süddeutschland in Anspruch. Die 2 A. seien ein Ausgleich der Produktionskosten in Süddeutschland und Norddeutschland. Seine Regierung müsse darauf bestehen, daß der Monopulentwurf Gesetz werde.

Ein württembergischer Vertreter der Deutschen Volkspartei will auf anderem Wege, als dem des Monopols, einen besondern Schutz für die süddeutschen Brennerien. Dieser Schutz soll auf dem Wege des neuen Entwurfs durchgeführt werden. Der Rechner erklärt sich mit den Grundgedanken des Entwurfs einverstanden. Ein Vertreter der Sozialdemokraten hingegen, der einen süddeutschen Wahlkreis vertritt, hält an dem Weg des Monopols für anständig. Alle Brenner Süddeutschlands ständen auf diesem Standpunkt. Der Vertreter der Nationalliberalen erklärt, seine Freunde hätten von Anfang an auf dem Boden des Monopols gestanden. Nachdem die süddeutschen Regierungen gegenseitig hätten, möchte er fragen, wo denn nun der preussische Vertreter sei, der den norddeutschen Standpunkt vertritt. Seine Freunde denken nicht daran, Süddeutschland zu verunglimpfen. Es gelte die nötigen 100 Millionen, die seine Freunde herbeiführen wollten, herauszubekommen. Es sei gewiß mit einem starken Kernanhang zu rechnen, darum dürfe, wenn der nötige Rekrutrecht herauskommen sollte, die Steuer nicht so niedrig einrichtet werden.

Der Schachtfreier Erdmann denkt dem Vorrat für die Veronung der Notwendigkeit, bei dieser Vorlage die verlangten 100 Millionen herauszubringen. Auf die Frage, wo der Vertreter Preussens sei, könne er sagen, er fühle sich auch als preussischer Vertreter. Die Auffassung Preussens bestehe nicht in der des Bundesrats, daß das Monopol der beste Weg sei. Bei dieser Meinung unanbörig, dann solle Preussen mit der Mehrheit des Bundesrats auf dem Standpunkt voller Parteilichkeit der einzelstaatlichen Brennerien. Morgen Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Die Ansichten auf Annahme dieses neuen Entwurfs sind also sehr verschieden. Ganz besonders auffällig ist die abnehmende Haltung der Reichstagen, die schon bei der Vorkonvention im Norddeutschen Bund die Annahmeform weiterzuentwickeln wollten. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, dann würde aber der Weg der Konventionen und des Zentrums bleiben, und deshalb hoffen wir immer noch, daß sich am Ende noch eine Verständigung mit den Reichstagen erweisen dürfte.

In Bezug auf die Tabaksteuer geht folgende Meldung durch die Presse, die darauf schließen läßt, daß man in den maßgebenden Kreisen der Regierung hinsichtlich dieser Steuer viel Hoffnung hegt: Sobald die Ansichten der gleichbedeutenden Körperschaften bezüglich dem Punkte noch feststehen, sollen durch ein provisorisches Gesetz sofort Steuererhöhungen eingeführt werden, durch die Importtabak sofort einer erhöhten Abgabe unterworfen werden, mit der Maßgabe, daß der über den neuem Wertungen Tabak zu entrichtende Zoll hinterlegt und eventuell bei Nichtanerkennung des Gesetzes zurückerstattet wird, oder aber in dem Maße selbst zu bestimmen, daß die von dem Tage des Bekanntwerdens des neuen Gesetzes, also mindestens etwa dem Mitte März 1909 ab eingeführten Tabake einem erhöhten Zoll unterworfen werden, so daß jedenfalls für eine spekulative Ausnutzung der Situation kein Raum bleibt.

Der austro-serbische Konflikt.

Zur Lage erklärt unsere Berliner Redaktion heute von offizieller Berliner Seite: Seit Mitte der vorigen Woche sind jetzt unter englischer Führung jene Versuche im Gange, die sich um eine Formel bemühen, die Serbien als Antwort auf die letzte österreichische Note aber gar ihr unvollkommen abgeben könnte. Es herrscht bei diesen Verhandlungen ein Rätselhaftes Hin und Her, aber eine Formulierung, die für Österreich akzeptabel wäre und gleichzeitig die Zustimmung aller Mächte besitzt, hat man bisher nicht gefunden. Es scheint sogar, daß England nicht einmal selbst mit seinen Vorschlägen zufrieden sei. Vor allem aber ist in Wien keine Aneignung laut geworden, die in Petersburg Zustimmung finden könnte. Es ist fraglich, ob man diesen Versuchen einen besondern Optimismus entgegenbringen darf. Sollten sie nämlich scheitern, so könnte dann die Unvereinbarkeit der Mächte in bedauerlicher Weise hervortreten.

In Wien verhält man sich nichtsofortwärtig sehr entgegenkommend und ist reichlich bemüht, mitzuwirken; daß aber Österreich seine eigenen Interessen aufgeben sollte, das kann nicht von ihm verlangt werden.

Auch der Konferenzgedanke ist noch nicht reif. Es wird immer noch hin und her geräthel über das italienische Programm. Die ganze Konferenzfrage aber hängt davon, daß zuerst die Annerkennung geregelt sein muß. Bevor nicht Österreich die sichere Voraussicht hat, daß die ganze böhmische Angelegenheit von der Konferenz als fertig betrachtet werden wird, werden alle Vorschläge und Programme vergebens sein.

Offizielles aus Paris.

(Ein neuer englisch-russisch-französischer Vorschlag.)

Paris, 23. März. (Tel.)

Von offizieller Seite wird bezüglich des österreichisch-serbischen Konflikts gemeldet, daß England, Rußland und Frankreich einen neuen vermittelnden Text für die von Serbien abgegebene Erklärung vorschlagen wollen, von dem man hofft, daß er Österreich-Ungarn befriedigen werde.

Englische Intrigen gegen Deutschland.

(Eine Wiener Antwort.)

Von London aus macht sich natürlich wieder ein äußerst lebhaftes Intrigengetöse gegen Deutschland bemerkbar, dessen Intentionen man nun sogar in Wien zu vernehmen sucht. Die Österreich-Ungarn intendieren diesen angeblichen britischen Wackelstufen entgegenzusetzen, das wird durch folgende Depesche energisch erklärt:

Wien, 23. März. (Tel.)

Die offizielle „Politische Korrespondenz“ führt aus: Ein Londoner Blatt, zu dessen Dogmen es gehört, Deutschland als Urquelle fast aller Gefahren der europäischen Politik zu betrachten, suchte im Verlaufe der Balkanreise zu wiederholten Malen der Erhaltung des Friedens durch Warnungen Österreich-Ungarn vor Einklüfflungen Deutschlands zu dienen. In den letzten Tagen erhob es neuerdings ähnliche Mahnrufe. Im Hinblick auf das wiederholte Auftreten solcher Auslassungen in ausländischen Blättern erscheint die Erklärung als angemessen, daß für die Bemühungen zur Rettung Österreich-Ungarn vor den Abgründen der deutschen Politik kein weniger geeigneter Augenblick gewählt werden konnte als der jetzige. Seit der Stunde, in der Österreich-Ungarn die letzten natürlichen, von ganz Europa voranzutreiben Konsequenzen seiner in Wien und der Herzegovina seit Jahrzehnten erworbenen Stellung gezogen hat, trat Deutschland für das Recht und die Voraussetzungen der verbündeten und engverbundenen Monarchie, ohne das geringste Zaudern mit einer Rücksichtslosigkeit und Beharrlichkeit ein, das

kein anderes Gefühl als das der warmen Anerkennung werden konnte. Ohne den leichten Versuch, auf die Entschlüsse, welche Österreich-Ungarn für die Weiterführung seiner böhmischen Angelegenheiten mit Selbstständigkeit zu fassen hatte, Einfluß zu nehmen, hat das Berliner Kabinett mit freundschaftlichem Willen alles getan, was es im Hinblick auf das vor Jahrzehnten geschlossene enge Verhältnis mit der Monarchie in Erwägung der von dieser erzielten Tzue und zum Schutze der Stellung der alliierten Mächte auf dem gesamten Gebiete der europäischen Politik als seine Pflicht erkannt hat. Ingeheim solcher Behauptungen sei mit allem Nachdruck erklärt, daß man in Wien die Haltung Deutschlands an der Seite Österreich-Ungarns in der jetzigen ersten Phase der Balkanangelegenheiten als ein Muster tadelloser Bündnistreue und warmer Freundschaft würdige und von der Zeichnung, daß Deutschland der politische Mephistopheles Österreich-Ungarns sei, verschont bleiben möchte. Alle politischen Kreise, die auf dem Boden der Selbstständigkeit Österreich-Ungarns und Deutschlands in Bezug auf die in der nächsten Zukunft zu lösenden Probleme identisch sind, und daß zwischen den beiden Kabinetten und allen an diesen Aufgaben mitwirkenden Staatsmännern der beiden Reiche vollkommen gegenseitiges Einverständnis und ungetrübter Einigkeit über das zu verfolgende Ziel und die anzuwendenden Mittel herrscht.

Wiener Beschlüsse.

Wien, 23. März. (Tel.)

Im Gegensatz zu den beruhigteren Meldungen aus Paris und London ist heute die Auffassung der Wiener Presse, die bisher sehr ruhig war, als düster und entschlossen für den Krieg zu entscheiden. Die Entscheidung wird als unmittelbar bevorstehend und ein Krieg als unvermeidlich bezeichnet. Tatsächlich werden die militärischen Vorbereitungen energisch fortgesetzt. Während der ganzen Nacht sind Militärzüge abgerollt worden. Im Palais des Erzherzog-Thronsolars ist alles zur Abreise bereit. Als erster Standort des Kronprinzen als Oberkommandierender der Arme wird Kenig, gegenüber der Stellung Feldmarschall, bezeichnet.

Im Gegensatz zu dieser trübigen Mitteilung steht indessen zum Glück folgende offizielle Erklärung über die Lage:

Auf der Wiener Börse.

(Eine beruhigende Erklärung.)

Wien, 23. März. (Tel.)

Auf der Wiener Börse für landwirtschaftliche Produkte wurde heute die folgende amtliche Erklärung des landesfürstlichen Kommissars angelesen: Es ist kein Grund vorhanden, die Situation erster anzufassen als in der vorigen Woche. Die Bemühungen der Mächte werden fortgesetzt, Serbien zum Einlenken zu veranlassen.

Weiteres zu den österreichischen Rüstungen.

Wien, 23. März. (Tel.)

Die Rüstungen dauern fort. Die gelbete Nummer der „Wiener Arbeiterzeitung“ wurde wegen eines Berichtes über den Anmarsch eines Bataillons des Wiener Infanterieregiments Nr. 84 konfisziert. Es wurde in dem Bericht behauptet, daß die Behörde, um dem Abmarsch der Soldaten von ihren Angehörigen zu verleiern, die Zeit des Abmarsches statt um 11 Uhr vormittags, auf 3 Uhr nachmittags angegeben hätte. Auch gestern trafen hier viele Reservisten aus der Provinz ein. Der Kaiser und der Thronfolger haben sich wieder einen besondern Besuch über die Lage erlassen. An der russischen Grenze werden die Armeekorps aus Kasan, Wien, Breslau und Tarnobrod veranordnet. Es gibt das Gerücht, der Thronfolger werde das Oberkommando übernehmen. Das Wiener Militär-Korrespondenzbüro wurde gestern aufgelöst, da fast alle Offiziere zu ihrem Truppenteil einrücken mußten.

Oesterreichs Antwort.

(Das Ultimatum wieder in Sicht?)

Wien, 23. März. (Tel.)

Graf Forgach wird am Donnerstag, spätestens am Freitag, dem Belgrader Kabinett eine Note überreichen, in der abermals, nur in energischeren Worten, die Zurücknahme der bekannten Forderungen und die Abklärung gefordert werden wird. Zur Erfüllung oder Ablehnung der Forderung wird eine dreitägige Frist gegeben; also doch eine Art Ultimatum gestellt werden.

Serbien gibt nicht nach.

Wien, 23. März. (Tel.)

Aus Belgrad hier vorliegenden Nachrichten stimmen darin überein, daß von einer Abkehr der serbischen Regierung, nachzugehen, keine Anzeichen vorhanden sind. Insbesondere gilt es als sicher, daß Serbien es ablehnen wird, direkt mit Österreich zu verhandeln.

Belgrad, 23. März. (Tel.)

Während offiziell und offiziös verkündet wird, Serbien werde sich dem einmütigen Willen Europas unterwerfen und den Rüstung antreten, ruft man doch unangenehm Kriegsmahnmachen. Die Stimmung im Volk und in der Arme ist überaus feierlich. In Kragujevac stehen angeblich schon 40 000 Mann gut bewaffneter Truppen, die bereit sind, nach Cetinje zu marschieren.

Rußland lehnt einen deutschen Vorschlag ab.

Wien, 23. März. (Tel.)

In diplomatischen Kreisen verlautet, daß Fürst Bülow den Vorschlag machte, die Rüste des österreichisch-serbischen Konflikts vor dem Zusammenbruch der Konferenz mit der Anerkennung der Annexien zu beenden. Rußland soll jedoch den Vorschlag abgelehnt haben.

Zweideutige Haltung.

Wien, 23. März. (Tel.)

Hier verlautet, daß Rußland abermals allein einen Schritt in Belgrad unternehmen will. Angesichts der bisherigen zweideutigen Haltung Zemoletis befürchtet man, daß der zu erwartende Rat Rußlands nur Led und Feuer stehen wird.

Mobilisiert Rußland?

Berlin, 23. März. (Tel.)

Die „Berliner Abendpost“ will von gut informierter Seite erfahren haben, daß Rußland gegenwärtig an die im Ausland lebenden russischen Militärpflichtigen Geheimverordnungen versendet, sich in den Grenzregionen zu stellen. Zahlreiche in Potosdam, Charlottenburg und Berlin lebende Russen haben solche Ordern mit der Wirkung erhalten, diese streng geheim zu halten. (Da Rußland schon erklärt hat, daß es an irgendwelche bewaffneten Maßnahmen im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges nicht denke, berührt diese Mitteilung äußerst seltsam. Wir müssen daher auch dem jüngsten Berliner Blatt allein die volle Verantwortung für seine Alarmmeldung überlassen! Red.)

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. März.

Staatsminister Graf v. Hofenthal hat am Dienstag die Rüste des verstorbenen Hofrats Dr. v. Wagnold verlassen und sich nach dem Ministerhotel begeben, wo er von Professor Dr. Höpfer weiter behandelt wird. Das Befinden des Ministers ist recht zufriedenstellend. Eine Berliner Korrespondenz hat dieser Tage die Meldung verbreitet, Graf Hofenthal werde mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand kaum

dauernd in sein Ministeramt zurückkehren. Derselbe Korrespondenz hatte dann daran anknüpfend als Nachfolger des Grafen Hofenthal den jetzigen sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Bismarck von Gölitz, genannt, der dann seinerseits wieder durch den ersten vortragenden Rat im Bundesratigen Graf v. Helldorf, genannt, ersetzt werden sollte. Vom Ministerium des Innern wurden unserm Dresdener Mitarbeiter diese Mitteilungen als m. h. g. Kombinationen bezeichnet. Ob Graf Hofenthal dauernd sein Amt als Minister des Innern wieder werde übernehmen können, hängt sehr wesentlich davon ab, wie sein Gesundheitszustand sein werde. Bevor in dieser Beziehung nichts Endgültiges feststeht, hat es auch keinen Zweck, sich über die aus einem Ministerwechsel eventuell entstehenden Personalfragen den Kopf zu zerbrechen.

Zur Landtagswahl. Herr Reichert Höpfer-Weipitz, der im 3. Leipziger Wahlkreise als Kandidat der Rechten aufgestellt ist, ersucht um mit Rücksicht darauf, daß er ihn in der am Sonntag veröffentlichten vorläufigen Liste der Landtagskandidaten als konservativ bezeichnet hatten, um die öffentliche Feststellung, daß er nicht der konservativen Partei angehöre und auch nicht von ihr aufgestellt sei, daß er sich wieder zur Mittelstandsvereinigung bekenne und aus über die die Kandidatur angeboten bekommen habe. Demgegenüber wollen wir darauf hin, daß Herr Höpfer auf Grund der zwischen den Konservativen, Reformern, Mittelständlern usw. getroffenen Vereinbarung als Kandidat aller dieser Gruppen gilt; wir sind auch überzeugt, daß er es bei der Wahl sehr dankbar akzeptieren wird, wenn auf ihn auch die Stimmen konservativer Wähler und nicht bloß die Stimmen der Mittelständler fallen. Im übrigen möchten wir noch bemerken, daß die Mittelstandsvereinigung bisher sehr, sehr enge Fühlung mit der konservativen Partei gehabt hat und sehr auch weiter haben wird, und daß sich daraus auch Schlußfolgerungen auf die politische Haltung des von der Mittelstandsvereinigung aufgestellten Kandidaten ergeben. — Im sächsischen Reichstag wird mit Rücksicht auf die Gründung eines Wahlkreises für die Kandidatur des Nachbarns Dürr beschlossen. Dieses Wahlkreises soll bereits jetzt mit den vorbereitenden Arbeiten für die kommenden Landtagswahlen beginnen. Nachdem der Abg. Dürr ausführlich über seine Tätigkeit im Landtage berichtet und die vielen Vorlagen und Beschlüsse, die dieser erledigt, der Reihe nach kurz erörtert hatte, ging aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution ein: „Die Mitglieder des sächsischen Reichstages und Reichstages sprechen dem Herrn Landtagsabgeordneten Dürr für sein mannhaftes und gleichwertiges Auftreten im Landtage die volle Anerkennung aus und erklären sich bereit, seine Wiederwahl entschieden unterstützen zu wollen.“ Die Resolution fand einstimmig Annahme. Von den vereinigten Konservativen, Reformern, Mittelständlern u. m. sind die nachstehend genannten Kandidaten für die Dresdener Stadtteile in Aussicht genommen: Buchbindereibesitzer Herrmann, Stadtrat Baummeister Schumann, Gymnasiallehrer Dr. Thümler, Rechtsanwalt Kollmann, Oberpostdirektor Feyerherm und Droßel Köhling. Sächsischer Reichstag dürfte Obermeister Weglich oder ein Arbeiter sein. Die endgültige Entscheidung über die Kandidaturen wird erst in einer am Mittwoch stattfindenden Versammlung der beteiligten Parteien getroffen.

Ein neuer nationalistischer Verein ist in Pöhlitz i. G. gegründet worden. Bereits 40 Staatsbürger haben sich zum Beitritt bereit erklärt. Den Vorsitz wird Fabrikant Diege in Pöhlitz führen.

Der Kaiser im Landwirtschaftsministerium. Die von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, daß sich der Kaiser in nächster Zeit nach dem Minister v. Arnim im Landwirtschaftsministerium einen Besuch abhalten wird, der in ähnlicher Weise wie in den Ministerien verlaufen wird, die der Monarch vor kurzem besuchte. Anlässlich der Anwesenheit des Kaisers im Ministerium wird auch ein sachverständiger Vortrag stattfinden, der das Thema von der ländlichen Arbeiterangelegenheit in Preußen behandelt.

„Grafen Schwarzkopf.“ Der preussische „Staatsrat“ veröffentlicht die Verlebung des Charakters als Wirk. Geh. Rat mit dem Prädikat Erziehung an den Ministerialdirektor im Ministerium der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsangelegenheiten, Wirk. Geh. Oberregierungsrat Dr. Schwarzkopf.

Aus der Geschäftsordnungskommission. Das Zentrum hat heute in der Geschäftsordnungskommission des Reichstages wieder seine hinterhältige Taktik geübt. Die ersten vier Absätze des Antrags Dr. Jung-Wallers-Reinigen über die kleinen Unterpetitionen wurden angenommen, dann aber stimmte das Zentrum gegen die Bestimmungen über die Befristung der kurzen Anfragen, und machte dadurch den ganzen Antrag hinfällig.

Die Beschlüsse der Arbeitskommission nach der ersten Sitzung. Die 21. Reichstagskommission hat die erste Sitzung der Arbeitskommission beendet. Sie hat eine Reihe von Abänderungen vorgenommen, von denen die wichtigsten die folgenden sind: Die Arbeitskommission, die die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahrnehmen sollen, sollen auch die besonderen Interessen der beteiligten Arbeiter unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen wahrnehmen. Der letzte Absatz bezieht sich mit dem ersten, den die Beschlüsse hervorheben, und schließlich handelt es sich um ganz neue Unterabsätze, die den Arbeitern erwidern könnten, die Interessen der Arbeitgeber liegen dem Reichstagen mehr am Herzen als die der Arbeitnehmer. Der Arbeitskommission wird dann die Befugnis erteilt, aus eigener Initiative Anfragen über ihr zugehende Fragen zu beantworten, sie kann auch auf Anfragen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken und die Erreichung von paritätischen Arbeitsniederlagen fördern. Für den Fall, daß Arbeitnehmer, die in einem Streit verwickelt sind, in den Besirken mehrerer Gewerkearbeiten, können sie sowohl Arbeitskommission als Gewerkegericht anrufen, selbstverständlich nur aus einem der beiden. Die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker sollen nicht, wie die Vorlage wollte, unter der Aufsicht der Arbeitskommission stehen, daß es hat man aber die Betriebsbeamten der Arbeitskommission unterstellt. Die Regierung wird sich dieser Bestimmung aber auf keinen Fall beugen. Das aktive Wahlrecht soll nicht mit dem 21. Jahren, sondern dem 21. Lebensjahre beginnen, demnachgehend das passive Wahlrecht statt mit dem 21. mit dem 25. Jahre. Die Kommission hat weiter einen Beschluß gefaßt, der, wenn er in weiterer Sitzung zurückgehalten bleibt, den Entwurf sehr schwer gefährden kann, denn auch hier will die Regierung nicht nachgeben. Es wurde beschlossen, die Wählbarkeit der Unternehmer- und Arbeitervereine (Organisationssekretäre) zu proklamieren. Diese Maßnahme dürfte dem wirtschaftlichen Frieden kaum zugute kommen. Das Handwerkl hat ein Interesse an dieser Maßnahme haben, besser ist aber, die Bestimmung bleibt fort. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Kommission über die Vorlage besteht, auf Verlangen von 1/3 der Mitglieder können geheime Bestimmungen stattfinden. Bemerkenswert ist, daß die Regierung nicht mehr für den Ausschluß der Öffentlichkeit ist, ihre eigene Vorlage also ändern will.

Schiffahrtsgesetz. Wie einer Berliner Korrespondenz aus Bundesratskreisen mitgeteilt wird, ist jetzt als sicher anzunehmen, daß der preussische Antrag auf Einführung von Schiffahrtsgesetzen auf natürlichen Wasserstraßen eine Mehrheit im Bundesrat finden und somit in dieser Hinsicht zur Annahme gelangen wird. Wenn auch einzelne Bundesstaaten — Sachsen und Baden 3. B. — ihre Stimmen gegen die preussische Vorlage abgeben werden, so werden im ganzen doch nicht von den Gegnern des Entwurfs 14 Stimmen aufgebracht werden, die sich dagegen erklären, so daß die Durchdringung der Vorlage gesichert erscheint. Mit den ausländischen Staaten werden erst Verhandlungen angeknüpft werden, wenn die Vorlage im Bundesrat und Reichstagen zur Annahme gelangt ist. Bisher haben Unterhandlungen mit Auslandsstaaten noch nicht stattgefunden. — Wer wollen doch erst einmal abwarten, ob außer Sachsen und Baden nicht auch noch andere Staaten dem Wunsch Preussens und seiner Agrarier die Zustimmung verweigern werden.

Das Reichshaus über die Ergebnisse der Seefriedrichtskonferenz. Die vom Dezember bis Februar in London tagte, ist wie bereits gestern kurz erwähnt, dem Reichstagen vorgegangen. Nach der Denkschrift hat die Kaiserliche Friedenskonferenz von 1906 die von ihr beschlossene umfassende Regelung des Seefriedrechts nur aus Zeit berücksichtigen können, weil die Rechtsauffassungen und die Interessen der beteiligten Mächte nicht überall in Einklang zu bringen waren. Es wurde deshalb beabsichtigt, als England vorschlug, eine besondere Seefriedrichtskonferenz 1908 einzuberufen. Es gelang dieser Konferenz, fast über sämtliche Punkte eine Einigung zu erzielen. Es sind geregelt: Die Blockade in Kriegs-